

## Von der Montanunion zum Euro

Von der Vergemeinschaftung der Ressourcen<sup>1</sup> zur Vergemeinschaftung der Schulden;  
Fakten der Zeitgeschichte, die in Vergessenheit geraten sind.

Von Hermann Patzak

Das Euro-Abenteuer steht heute, im Frühsommer 2012, vor seinem unabwendbaren Ende. Die gemeinsame Währung hat den europäischen Volkswirtschaften, die sich auf das Abenteuer einließen, weit mehr Schaden als Nutzen gebracht. Alle Rettungsbemühungen sind gescheitert. Deshalb ist es angebracht, die großen Meilensteine und Hintergründe einer Entwicklung noch einmal in groben Zügen aufzuzeigen, die schon vor über 60 Jahren begann und allen Europäern Frieden und Wohlstand versprach, um dahinter die Vorteilsnahmen des internationalen Kapitals und den Eigennutzen imperialen Machtstrebens zu verbergen.

Es begann 1951 mit der Gründung der Montanunion. Robert Schuman, der damalige französische Außenminister, war ihr „geistiger Vater“. Sie wurde die erste supranationale Schöpfung, die versprach, den „innereuropäischen Frieden für alle Zukunft<sup>2</sup> zu sichern“. Tatsächlich aber sicherte der Vertrag allen Mitgliedsländern (Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Deutschland) den Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Ein einseitiges Geschäft, denn Deutschland verfügte damals über die reichsten Kohlevorkommen der sechs Mitgliedsländer. Der Vorteil lag einseitig bei Frankreich, das sich mit dem Vertrag den Zugang zum Ruhrgebiet (damals englische Besatzungszone) sicherte. Die Leitung der Montanunion wurde einer „Hohen Behörde“ übertragen, die den Zugang für alle beteiligten Länder regelte.

Aus der Montanunion entwickelte sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (**EWG** 1957), aus ihr wiederum die Europäische Gemeinschaft (**EG** 1965). Als nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems mit fixen Wechselkursen (1970) der Außenwert der DM seinen permanenten Anstieg begann, empfand die französische Politik dies als ein Ärgernis, denn die eigene Währung verlor im Vergleich zur DM ständig an Wert. Hinzu kam noch der Schock der nicht mehr zu verhindernden Wiedervereinigung Deutschlands. Der sozialistische Präsident Frankreichs, Francois Mitterand, setzte alle Hebel in Bewegung, den Wiederaufstieg Deutschlands zur unangefochten größten Wirtschaftsmacht Europas zu unterbinden. Sein Finanzminister, Eduard Balladur, schlug bereits Anfang 1988 vor, die Geldpolitik einer gemeinsamen europäischen Zentralbank zu übertragen. Die Idee einer gemeinsamen Währung sollte den weiteren Höhenflug der DM beenden. Der Deutsche Kanzler Helmut Kohl willigte in die Selbstamputation der deutschen Wirtschaft ein und pries den Deutschen eine gemeinsame europäische Währung – den Euro – als Friedensprojekt. Gefragt wurden die Deutschen nie, ob sie damit einverstanden wären, die DM aufzugeben. Die heutige Kanzlerin, Angela Merkel, meint, dass dies auch gut so gewesen sei.

Die Weiterentwicklung des „Friedensprojektes Euro“ führte 1992 folgerichtig zum **Maastricht-Vertrag**, der den Grundstein für die Europäische Währungsgemeinschaft (**EWU**) legte. In ihm wurden die sog. Konvergenzkriterien festgelegt, die die europäi-

---

<sup>1</sup> Die Summe aller Produktivkräfte einer Volkswirtschaft: Rohstoffe, Kapitals (produzierte Produktionsmittel) und Arbeit. .

<sup>2</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Gemeinschaft\\_f%C3%BCr\\_Kohle\\_und\\_Stahl](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaft_f%C3%BCr_Kohle_und_Stahl).

schen Staaten verpflichteten, die jährliche Verschuldung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die Gesamtschuld auf 60 Prozent anzusteuern, wenn sie Mitglied der Europäischen Währungsunion werden wollten. Diese uniforme „Gleichmache“ schien den damaligen Machern die Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit einer Währungsunion, denn die europäischen Volkswirtschaften waren in ihrem Entwicklungsstand, ihren Wirtschaftsstrukturen und der Mentalität der Menschen sehr verschieden. Der geplanten gemeinsamen Notenbank (Europäische Zentralbank: EZB) wurde der Ankauf von Staatsschulden (Staatsfinanzierung) untersagt, um die neue Währung so stabil zu machen, wie die DM war. Es wurde ausdrücklich festgelegt, dass einzelne Euro-Staaten für die Schulden der anderen nicht haftbar gemacht werden dürfen (No Bail-Out Klausel). In einem zusätzlichen „**Stabilitäts- und Wachstumspakt**“ (1997) wurden diese Kriterien auch für die Zeit nach der Euro-Einführung festgeschrieben.

Heute wissen wir, dass nichts von all dem eingehalten wurde. Der Euro selbst und die Umverteilungsmaßnahmen der EU (Nettozahlungen) haben die Produktivitätsunterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften nicht angeglichen – wie die Euro-Macher erhofften – sondern vergrößert. Der Crash der „Euro-Vision“ war also vorprogrammiert und wäre auch ohne die in den USA angezettelte große Wirtschaftskrise gekommen – wenn auch etwas später. Als die Euro-Krise dann aber im Frühjahr 2010 offen ausbrach, begann das große Elend der vergeblichen Rettungsversuche:

Zuerst wurde Griechenland im Frühjahr 2010 zahlungsunfähig. Kanzlerin Angela Merkel verlangte zunächst den Ausschluss von überschuldeten Staaten aus der Euro-Union und die Einrichtung einer Insolvenzordnung für die Euro-Länder<sup>3</sup>. Da aber die anderen gefährdeten Euro-Staaten unter Anführung Frankreichs fürchteten, dadurch Schaden zu erleiden, und als insbesondere die USA darauf drangen, dass Griechenland im Euro-System verbleiben und gerettet werden müsse<sup>4</sup>, knickte die Kanzlerin ein und ließ sich von da an vor den Karren der Euro-Retter spannen. Eigentlich hätten die Weltöffentlichkeit und die Medien damals aufhorchen und fragen müssen, welches Interesse die USA am Verbleib der Griechen in der Währungsunion und am Euro an sich haben und woher sie das Recht nahmen, sich in die Angelegenheiten der Europäischen Währungsunion so unverhohlen einzumischen? Doch die westlichen Medien schwiegen in übereinstimmender Eintracht! Am 02. Mai sagten die Finanzminister des Euro-Raums und IWF Griechenland einen Kredit von bis zu 110 Milliarden Euro zu<sup>5</sup>. Doch damit begann ein Rettungsszenario mit immer höheren Rettungseinsätzen, das heute (Juni 2012) noch nicht beendet ist.

Nach Griechenland mussten Irland und Portugal gerettet werden. Dazu gründete man ein eigenes Unternehmen, eine sog. Zweckgesellschaft mit Namen EFSF<sup>6</sup>. Gesellschafter dieses Unternehmens sind die Mitgliedsländer der Eurozone. Sie hafteten zunächst mit 440 Mrd. Euro. Da sich die Euro-Krise aber immer weiter zuspitzte, sah man sich im September 2011 genötigt, die Haftungssumme auf 780 Mrd. Euro zu erhöhen. Deutschland haftet nach Angaben der Bundesregierung jetzt mit 211 Mrd. Euro, allerdings haben Experten der Deutschen Bank nachgewiesen, dass, unter Berücksichtigung der Zinsen,

---

<sup>3</sup> <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schuldensuender-sarkozy-und-brown-schmettern-merkels-ausschluss-idee-ab/3399242.html>.

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.04.2010 Seite 1.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.05.2010 Seite 1.

<sup>6</sup> European Financial Stability Facility, auf Deutsch in etwa: Kreditrahmen zur Stabilisierung der europäischen Finanzen.

die wirkliche Haftungssumme rund 400 Mrd. Euro beträgt<sup>7</sup>. Im März 2011 wurde ein neuer Rettungsschirm mit Namen „ESM“ (Europäischer Stabilitätsmechanismus) ins Leben gerufen. Er sollte den EFSF-Schirm im Jahr 2013 ablösen, doch da sich die Krise noch weiter verschärfte, soll er nun bereits Mitte 2012 in Kraft treten. Sein Eigenkapital beträgt 700 Mrd. Euro, Deutschland ist mit 27,1 Prozent beteiligt, das sind 189,7 Mrd. Euro.

Der Grundgedanke aller Rettungsschirme ist einfach: Die „noch zahlungsfähigen“ Euro-Länder gewähren den zahlungsunfähigen Überbrückungskredite. Diese sollen Zeit gewinnen, um ihren Staatshaushalt zu sanieren, also die Staatsausgaben senken, die Steuern erhöhen und die Wirtschaft reformieren, d.h. die Produktivität erhöhen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Aber der Gedanke scheitert an der Lebenswirklichkeit:

Staatsausgabensenkungen und Steuererhöhungen vermindern alle Einkommen in einer Volkswirtschaft, verringern das Sozialprodukt und verursachen dadurch Arbeitslosigkeit, wodurch die Schulden – gemessen am Sozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt oder BIP) – noch schwerer ins Gewicht fallen. Eigentlich müssten die Löhne der in Zahlungsnot geratenen Staaten in kürzester Zeit um 20 – 30 Prozent sinken, damit die Volkswirtschaften wieder wettbewerbsfähig würden. Doch auch die notwendigen Wirtschaftsreformen benötigen längere Zeit. In der Zwischenzeit steigen Staatsschulden und Leistungsbilanzdefizite weiter an, die von den Rettern finanziert werden müssen, die ihrerseits dazu Kredite aufnehmen müssen. Die Retter, die selbst an der Grenze zur Zahlungsunfähigkeit stehen, fallen als Retter der Reihe nach aus, weil sie selbst gerettet werden müssen. Momentan sind an der Reihe Italien, dann Spanien, dann Belgien, dann.....? Die Liste der nicht gefährdeten Euro-Länder ist heute schon wesentlich kleiner als die der gefährdeten! Es ist absehbar, dass diese ständig kleiner werdende Zahl am Ende selbst unter der Last der Schulden zusammenbrechen wird.

Begonnen hatte der Prozess vor über 60 Jahren mit der Vergemeinschaftung der Ressourcen zum Zweck der Friedenssicherung in Europa. Beabsichtigt waren aber wirtschaftliche Vorteilsnahmen, die angeblich allen zugutekommen sollten. Erst mit dem Ausbruch der offenen Euro-Krise im Jahr 2010 wurden die „unter der Decke schwelenden“ Schäden offenkundig, die der Euro angerichtet hat. Die seitdem begonnene Vergemeinschaftung der Schulden führt direkt in ein ökonomisches und politisches Fiasko. Auch alle anderen Alternativen zur Euro-Rettung, ob Eurobonds oder Fiskalpakt, ob Fiskalunion oder Bankenunion, funktionieren nach diesem Prinzip der Vergemeinschaftung und Umverteilung der Schulden. Selbst der vermeintlich letzte Rettungsanker: Euro-Rettung durch Wirtschaftswachstum basiert auf dem Prinzip, dass die vermeintlich „reichen Europäer“ dieses Wachstum vorfinanzieren müssen.

### **Motive der Uneinsichtigkeit<sup>8</sup>**

Unsere Zeitreise in die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Vergemeinschaftung bereits mit der Montanunion einsetzte. Der Euro war die konsequente Fortsetzung dieser Grundidee. Während die deutschen Politiker (Kohl, Waigel) die gemeinsame Euro-Währung mit Visionen und Legenden rechtfertigten, erwarteten die übrigen „Europäer“ handfeste ökonomische Vorteile, die sie in den ersten Euro-Jahren auch erhielten. Ihre Wachstumsraten und der Anstieg des Pro-Kopfeinkommen übertraf das der Deutschen bis zum Jahr

---

<sup>7</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.09.2011 Seite 11.

<sup>8</sup> Aktualisierung der Veröffentlichung vom 13.06.2012.

2007 erheblich. Erst die durch die Weltfinanzkrise ausgelöste Euro-Krise brachte ans Tageslicht, dass der Euro ihnen nur zu einer Scheinblüte verholfen hatte. Er hatte ihre Wirtschaftskraft erlahmen lassen, ihre Produktivität verringert und ihre Wettbewerbsfähigkeit geschädigt. Jetzt verhinderte er sogar die Möglichkeit, die Krise durch Abwertung zu überwinden.

Die anfänglichen Profiteure des Euro wollen heute nicht wahr haben, dass sie ihre Schäden dem Euro verdanken. Die anderen wollen von ihren Euro-Visionen nicht lassen und leugnen die negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis auf den heutigen Tag. Nach drei Jahren vergeblicher Rettungsbemühungen wollen beide auch nicht einsehen, dass die Rettung nicht funktionieren kann. Statt das Versagen ihres Euro-Experiments einzugestehen, reiten die Politiker ihre Völker in einem anschwellenden Rettungswahn immer tiefer in die Krise.

Je länger das Ende des Euro hinausgezögert wird, desto teurer wird es für alle. Egal wie der Zusammenbruch erfolgt, am Ende wird nicht mehr, sondern weniger Europa sein!

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 02.07.2012